

Grußwort

Als Staatssekretärin und Vertreterin der sächsischen Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Politik und Gleichstellung freue ich mich, im Rahmen der diesjährigen Frauenkonferenz das Wort an Sie richten zu dürfen. Wobei ich natürlich nicht nur in dieser offiziellen Funktion teilnehme, sondern auch als Christin und Mitglied der Evangelischen Landeskirche Sachsen.

Über die Grünen wird ja gelegentlich gemunkelt, sie hätten es nicht so mit der Kirche. Für mich gilt das nicht. Ich bin aktives Gemeindemitglied im Leipziger Süden. Dort gibt es das Südcafé, das Geflüchteten Raum und Unterstützung bietet, und dort trafen sich im August 2016 etwa 250 Christinnen und Christen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zum Forum "frei + fromm". Sie dachten gemeinsam über die Situation in der Landeskirche nach und setzten damit ein Zeichen – für eine aufklärende Theologie und für eine progressive Landeskirche, die sich den Auseinandersetzungen der Zeit mutig und im Vertrauen auf die Kraft des Evangeliums stellt.

Auf eine gesellschaftlich zugewandte Kirche möchte ich nicht verzichten. Ich glaube an den Dialog – sowohl an den mit anderen Menschen in meiner Kirche als auch an den zwischen dem Freistaat Sachsen und der Sächsischen Landeskirche. Nur, wenn wir beide Dialoge auf Augenhöhe führen, können wir uns gegenseitig in unserer Arbeit unterstützen und kritisch reflektieren. Will die Politik aber der Kirche vorschreiben, wem sie Gesprächsangebote unterbreitet und wen sie einlädt, dann widerspricht das meiner Vorstellung von einem Dialog auf Augenhöhe, und es verletzt auch mein Verständnis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Eine gesellschaftlich zugewandte, aktive Kirche darf und muss Position beziehen und sich politisch einbringen.

Denn wo wären wir heute als Christen ohne die Bekennende Kirche oder die Theologie der Befreiung? Wo ohne die Leipziger Nikolaikirche, einen christlichen Ort, an dem die Menschen dank der Unterstützung mutiger Geistlicher Kritik formulieren konnten? Von diesem Ort ging auch der Ruf "Keine Gewalt!" aus, die größte und wirkmächtigste Legitimierung des Widerstands überhaupt.

Die kirchliche Frauenarbeit ist uns eine wichtige Gesprächspartnerin. Mit der Novellierung der Richtlinie Chancengleichheit haben wir erstmals den Rahmen für die Förderung kirchlicher Gleichstellungsarbeit gesetzt. Darüber, dass wir die Konferenz "Demokratie im Dialog" in diesem und im nächsten Jahr fördern können, bin ich gottfroh.

Die Frauenkonferenz erinnert daran, dass im Umkreis der friedlichen Revolution 1989/90 zahlreiche unabhängige Frauengruppen für viel mehr Themen gestritten haben, als uns heute vielleicht noch präsent ist: nicht nur für die Demokratie, sondern auch für den Umweltschutz und gegen die Armut. Indem sie sich für Bürger:innenrechte genauso stark gemacht haben wie für die Sichtbarkeit sexueller Vielfalt und Diversität, haben diese Frauen für viele als Vorbilder gewirkt. Einiges von dem, wofür die Frauen von 1989/90 eingetreten sind, scheint heute in ganz Europa wieder gefährdet zu sein. Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Welt schnell wieder in patriarchale Muster verfallen kann. Der Frauenanteil in den Parlamenten und Vorständen stagniert, sinkt zum Teil sogar wieder. Rechtspopulismus und Fundamentalismus haben das Tor für eine neue Welle von Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus geöffnet. Vor diesem Hintergrund muss die Gleichstellungarbeit alte Kämpfe neu austragen. Und nicht nur sie allein – diese Themen gehen alle an. Frauenrechte sind Menschenrechte.

Deshalb kann es keine gerechte Welt ohne Geschlechtergerechtigkeit geben.

Deshalb ist jeder Widerstand, der sich gegen die Verletzung unserer Menschenrechte stellt, auch feministischer Widerstand.

Und deshalb steht das Engagement für Geschlechtergerechtigkeit nie für sich, sondern heißt immer auch Einsatz für Demokratie und Teilhabe. In diesem Zusammenhang tun wir gut daran, uns auch auf die Rolle der Frauen 1989/90 zu besinnen. Die Frauenkonferenz der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens bietet dafür ein tolles Forum.

Dr. Gesine Märtens

Staatssekretärin im Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung